

Forderungen der BAG KJS zur Bundestagswahl 2017

Chancengerechtigkeit für alle jungen Menschen

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) übernimmt eine Anwaltsfunktion für junge Menschen. Sie richtet ihren Blick insbesondere auf diejenigen, die von individueller Beeinträchtigung oder sozialer Benachteiligung betroffen oder bedroht sind. Alle jungen Menschen sollen einen Zugang zu Lebensbereichen erhalten, die für ihre Persönlichkeitsentwicklung erforderlich sind. Mit unserem Engagement setzen wir uns für Chancengerechtigkeit ein. Die Zukunft der Gesellschaft hängt davon ab, welche Perspektiven und Möglichkeiten sie jungen Menschen eröffnet. Wir fordern die Politik auf, gesetzliche Maßnahmen zur materiellen und immateriellen Unterstützung dieser zu ergreifen und sich für alle Jugendlichen stark zu machen.

Ausbildung für alle

Damit Jugendlichen Perspektiven eröffnet werden und Teilhabe an Gesellschaft ermöglicht wird, bedarf es einer qualitativ hochwertigen beruflichen Ausbildung. Laut Berufsbildungsbericht 2017 gab es im Jahr 2016 43.500 unbesetzten Ausbildungsstellen, dem gegenüber standen 20.600 unversorgte Bewerber/-innen. Eine gesetzlich geregelte Ausbildungsgarantie bietet vor allem denjenigen eine Zukunftsperspektive, die bisher von den positiven Entwicklungen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt nicht profitieren konnten. Im Jahr 2016 waren 48 Prozent aller Arbeitslosen ohne Berufsausbildung, wie die Statistik der Bundesagentur für Arbeit belegt.

Die Basis für ein Leben ohne Armut und eine existenzsichernde Rente wird im ersten Drittel des Lebens gelegt. Um dauerhafte soziale Schieflagen durch fehlende Chancen für einen erfolgreichen Start in das Berufsleben zu vermeiden und gleichzeitig den Arbeitsmarkt durch ein ausreichendes Fachkräfteangebot zukünftig demographiefest zu machen, ist die Bereitstellung qualifizierter Ausbildungsmöglichkeiten als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe anzusehen. Eine Ausbildungsgarantie trägt dem Rechnung.

- **Die BAG KJS fordert die gesetzliche Verankerung einer Ausbildungsgarantie im SGB III für alle Jugendlichen.**
- **Die BAG KJS fordert für alle jungen Geflüchteten den Zugang zu beruflicher Ausbildung unabhängig von Status, Bleiberecht und Aufenthaltstitel.**

Jugendarmut bekämpfen

Der Monitor Jugendarmut in Deutschland dokumentiert: Junge Menschen unter 25 Jahren haben die höchste Armutsgefährdungsquote. 25,5 Prozent der unter 25-Jährigen waren laut Statistischem Bundesamt im Jahr 2015 von Armut bedroht oder betroffen. Bei 18-Jährigen betrug die Armutsgefährdungsquote noch 19,7 Prozent. Aktuell gelten in Deutschland 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren als arm. Jedes fünfte Kind in Deutschland wächst in Armut auf.

Der beste Schutz gegen Armut ist ein existenzsicherndes Einkommen, welches in Deutschland wesentlich vom Bildungsniveau abhängt. Nach wie vor ist in Deutschland der Bildungserfolg junger Menschen in erheblichem Maß gekoppelt an ihre soziale Herkunft und die soziale Situation ihrer Familien. Auch junge neu Zugewanderte haben deutlich schlechtere Bildungschancen. Sie sind doppelt von Chancenungerechtigkeit betroffen. Sie verfügen über mangelnde Informationen über das deutsche Bildungssystem bei gleichzeitigen Zugangsschwierigkeiten zu diesem System.

Die negativen Auswirkungen von Jugendarmut und mangelnden Chancen aufgrund sozialer Benachteiligung werden durch die Sanktionsvorschriften des SGB II für junge Menschen unter 25 Jahren weiter verschärft. Diese sehen, außer bei Meldeversäumnissen, Sanktionen von bis zu 100 Prozent der Geldleistung und bei wiederholten Vergehen nach § 31 SGB II auch die Streichung der Kosten der Unterkunft vor. Dies treibt junge Menschen in die Wohnungslosigkeit und zum Teil auch in die illegale Beschaffung der notwendigen Ressourcen. Junge Menschen werden durch die Jobcenter im Vergleich zu anderen Leistungsempfänger/-innen mehr als doppelt so häufig sanktioniert. Die verschärften Sanktionsregeln sind mit den Prinzipien menschenwürdiger Lebensbedingungen nicht zu vereinbaren.

- **Die BAG KJS fordert die effektive Bekämpfung von Jugendarmut. Das gelingt u. a. durch eine passgenaue Förderung junger Menschen auf ihrem Weg in den Beruf. Dazu ist bundesweit eine rechtskreisübergreifende Kooperation (SGB II, III und VIII) in Form von Jugendberufsagenturen in kommunaler Trägerschaft erforderlich.**
- **Die BAG KJS fordert den Gesetzgeber auf, die verschärften Sanktionsregeln im SGB II für unter 25-Jährige abzuschaffen.**

Integration junger Geflüchteter fördern

Die Integration junger Geflüchteter in unsere Gesellschaft ist eine langfristige Aufgabe. Die Kompetenzen und Fähigkeiten sowie die Hilfebedarfe der jungen Geflüchteten sind sehr heterogen. Kurzfristige Fördermaßnahmen und solche, die undifferenziert alle gleichermaßen bedienen wollen, sind ungeeignet. Beim Zugang zu Leistungen wie den berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen oder den ausbildungsbegleitenden Hilfen darf es keine Zweiklassengesellschaft geben. Eine Politik, die Geflüchtete in solche mit einer „guten“ und mit einer „schlechten“ Bleibeperspektive unterteilt, ist kontraproduktiv. Es besteht die Gefahr, dass jene mit einer schlechten Bleibeperspektive keinen Zugang zu Arbeit oder Ausbildung erhalten und dadurch in die Schwarzarbeit oder Kleinkriminalität gedrängt werden. Mit der Ausweitung der Zuständigkeit der Jugendmigrationsdienste (JMD) für junge Geflüchtete seit 2017 steigt die Zahl der Klient/-innen in der Beratung weiter an – und damit der Personalbedarf in den JMD.

Im Jahr 2016 kamen laut Bundesministerium des Innern 250.000 Asylsuchende nach Deutschland. Dies ist ein deutlicher Rückgang gegenüber dem Vorjahr (890.000). Trotzdem ist eine zunehmende Polarisierung der Gesellschaft festzustellen. Rechtspopulistische Gruppen instrumentalisieren das Thema Asyl und gefährden den gesellschaftlichen Frieden. Neuzugewanderte und Menschen mit Migrationshintergrund dürfen nicht Zielscheibe von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sein. Diskriminierung, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Extremismus jeglicher Art ist entschieden entgegenzutreten.

- **Die BAG KJS fordert, jungen volljährigen Geflüchteten mit festgestelltem sozialpädagogischem Unterstützungsbedarf eine jugendhilfegemäße Unterbringung und Begleitung zu ermöglichen.**
- **Die BAG KJS fordert eine zügige Anerkennung von im Ausland erworbenen Ausbildungsabschlüssen sowie die Anerkennung non-formaler Kompetenzen auch in Form von praktischen Arbeitsproben.**
- **Die BAG KJS fordert gezielte Präventionsprogramme für junge Menschen gegen gruppenbezogene Menschen- und Demokratiefeindlichkeit in Einrichtungen und Diensten der Jugendsozialarbeit.**
- **Die BAG KJS fordert, die finanziellen Mittel des Bundes für die Arbeit der JMD kurzfristig auf 58 Mio. € aufzustocken und jährlich weiter auszubauen.**

Weitere Informationen zu den Handlungsschwerpunkten der Jugendsozialarbeit, zu aktuellen Herausforderungen und daraus resultierenden (politischen) Veränderungsbedarfen sind in unserem Grundlagenpapier formuliert: http://www.bagkjs.de/stellungnahmen_positionen.

Bonn, den 5. April 2017

Beschluss der Mitgliederversammlung der BAG KJS